

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 30. April 1965

A 22127 C

Nummer 18

Die Beschäftigung in der westdeutschen Industrie im Jahre 1964

Während 1963 die Industriebeschäftigung erstmals in der Bundesrepublik absolut zurückgegangen war, hatte die westdeutsche Industrie im Jahresdurchschnitt 1964 mit 8,3 Mill. Beschäftigten erneut einen, wenn auch geringen, Netto-Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 0,4 vH oder 36 900 Personen zu verzeichnen. Dabei hat die zwischen den Branchen statistisch erkennbare, industrie-interne Fluktuation merklich nachgelassen. 22 Industriezweigen, die ihren Beschäftigungsstand zusammen um 98 600 Personen vergrößerten, standen 20 Branchen gegenüber, die insgesamt 61 700 Arbeitskräfte abgegeben haben. Das entspricht einem Verhältnis der Brutto-Freisetzung zum Brutto-Zugang von 63 vH (1963: 12 Zweige + 48 300, 30 Zweige — 123 400, interner Freisetzunganteil 255 vH).

Die sich im Vorjahr andeutende Auflockerung des Arbeitsmarktes scheint damit wieder von einer zunehmenden Anspannung abgelöst zu werden, wie schon in der Vergangenheit der wechselnde Anteil der zwischen den Branchen zu beobachtenden Beschäftigungsfluktuation ein deutliches Bild von den Wechsellagen bei der Beschaffung von Arbeitskräften in konjunkturell unterschiedlichen Konstellationen indiziert hat. So ist der industrie-interne Freisetzunganteil, der nach der Korearezession 1952 einen — für damalige Verhältnisse bedeutenden — ersten Höhepunkt mit 15 vH erreichte, während des folgenden Aufschwungs bis 1955 auf 0,4 vH zurückgegangen, bei der anschließenden Verlangsamung des Wachstums bis 1959 wieder auf 80 vH gestiegen. Im letzten Boomjahr 1960 erreichte er erneut einen Tiefstand von 17 vH; im Jahre 1963 schnellte er auf das bisher einmalige Niveau von 255 vH hinauf.

Dabei ist die zunehmende Bedeutung der industrie-internen Freisetzung für die Industrieexpansion angesichts eines immer stärker ausgeschöpften heimischen Arbeitskräftereservoirs unverkennbar. Ihr Anteil betrug zwischen 1955 und 1960 im Durchschnitt etwa ein Zehntel, zwischen 1960 und 1964 aber über die Hälfte aller Brutto-Zugänge. Sie wurde bislang im wesentlichen gespeist aus den seit Jahren anhaltenden Umschichtungen im westdeutschen Industriegefüge, in deren Verlauf vor allem die strukturell benachteiligten Bergbaubereiche einen erheblichen Teil ihrer Beschäftigten eingebüßt haben. Hinzu traten besonders in konjunkturell gedämpften Phasen der Entwicklung die Auswirkungen forcierter Rationalisierungsinvestitionen, die es zu einem gewissen Grade gestatten, Arbeitskräfte abzugeben oder doch ausscheidende Kräfte nicht sofort wieder ersetzen zu müssen. Andererseits scheint auch die Zuversicht der Unternehmer gewachsen zu sein (wie Beispiele aus dem Maschinenbau, dem Eisen- und Stahlbereich oder der Elektroindustrie zeigen), besonders für den weiten Bereich der Anlernberufe im Bedarfsfall trotz angespannten Arbeitsmarktes zusätzliche Arbeitskräfte gewinnen zu können, wenn nur die Entlohnung attraktiv genug gestaltet wird. Das setzt allerdings voraus, daß die dadurch entstehende höhere Kostenbelastung von den Kosteneinsparungen an anderer Stelle, die in der Mengenkonzunktur möglich werden, aufgefangen werden kann, sofern die Konkurrenzlage ein Abwälzen auf die Preise nicht gestattet.

Daß die Anpassungsfähigkeit des Beschäftigungsstandes in der Industrie an eine rasche konjunkturelle Belebung tatsächlich auch heute noch größer

Veränderung des jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenstandes in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland

Industriebranche	1963 gegenüber 1962		1964 gegenüber 1963				Zum längerfristigen Vergleich					
	1000 Personen	Rang-ziffer	Jahr		4. Quartal		1955 gegenüber 1950 ¹⁾		1960 gegenüber 1955 ¹⁾		1964 gegenüber 1960	
			1000 Personen	Rang-ziffer	1000 Personen	Rang-ziffer	1000 Personen	Rang-ziffer	1000 Personen	Rang-ziffer	1000 Personen	Rang-ziffer
Fahrzeugbau	+ 15,3	1	+ 19,6	1	+ 28,9	2	+ 88,0	6	+ 115,6	3	+ 73,1	3
ESBM-Industrie	+ 2,1	8	+ 17,3	2	+ 27,4	3	+ 133,8	3	+ 81,1	5	+ 31,3	6
Elektrotechnische Industrie	- 1,0	22	+ 15,5	3	+ 33,5	1	+ 216,4	2	+ 234,2	1	+ 90,6	1
Kunststoffverarbeitung	+ 2,0	9	+ 10,1	4	+ 12,6	6	+ 20,5	24	+ 40,6	9	+ 26,9	7
Chemische Industrie	+ 5,9	2	+ 9,4	5	+ 15,0	5	+ 78,4	7	+ 93,3	4	+ 47,6	4
Industrie der Steine u. Erden	- 4,3	35	+ 6,5	6	+ 2,1	16	+ 53,6	10	+ 2,6	26	+ 7,3	15
Kautschukverarbeitung	+ 3,5	5	+ 3,6	7	+ 5,2	8	+ 28,7	22	+ 22,9	13	+ 9,0	13
Feinmechanik / Optik	- 1,7	28	+ 2,8	8	+ 4,1	9	+ 51,6	11	+ 16,1	15	+ 1,4	18
Brauerei / Mälzerei	+ 2,6	7	+ 2,2	9	+ 2,2	15	+ 17,5	27	+ 17,1	14	+ 12,0	11
Druck und Vervielfältigung	+ 3,2	6	+ 2,0	10	+ 3,1	11	+ 37,4	16	+ 32,0	10	+ 20,6	9
Mineralölverarbeitung	- 0,6	17	+ 1,9	11	+ 1,0	20	+ 7,5	31	+ 8,1	20	+ 1,8	16
Papierverarbeitung	+ 1,9	11	+ 1,2	12	+ 0,7	21	+ 29,0	21	+ 24,4	12	+ 8,7	14
NE-Metallindustrie	- 0,9	21	+ 1,2	13	+ 3,0	12	+ 20,5	25	+ 10,0	18	+ 0,4	21
Maschinenbau	- 12,6	40	+ 1,2	14	+ 19,1	4	+ 263,3	1	+ 200,7	2	+ 73,5	2
Eisen-Stahlgießerei	- 6,6	37	+ 0,9	15	+ 4,0	10	+ 43,4	15	+ 2,4	27	- 2,8	27
NE-Metallgießerei	- 1,5	26	+ 0,8	16	+ 1,8	17	+ 7,7	30	+ 5,6	24	- 1,0	23
Lederverarbeitung	+ 0,4	12	+ 0,5	17	+ 0,5	23	+ 14,2	29	+ 2,2	28	+ 1,5	17
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	- 2,0	29	+ 0,5	18	+ 2,5	14	+ 24,8	23	+ 10,0	19	- 4,7	34
Ölmühlen / Margarine-Ind.	0,0	13	+ 0,4	19	+ 0,4	24	+ 1,3	38	+ 1,8	29	+ 0,5	20
Luftfahrzeugbau	+ 1,9	10	+ 0,3	20	+ 0,1	25	+ 0,1	40	+ 14,9	17	+ 13,2	10
Musikinstr., Spielwarenind.	0,0	14	+ 0,3	21	+ 0,6	22	+ 29,3	20	- 0,8	32	+ 0,9	19
Feinkeramische Industrie	- 4,8	36	+ 0,2	22	+ 1,3	19	+ 31,5	18	- 1,9	36	+ 7,5	36
Stahlbau	- 2,9	30	- 0,1	23	- 0,1	26	+ 36,5	17	+ 24,7	11	+ 10,0	12
Mühlenindustrie	- 0,2	16	- 0,3	24	- 0,5	27	- 2,2	42	- 0,5	31	- 0,8	22
Zuckerindustrie	- 0,1	15	- 0,3	25	- 0,6	29	+ 0,6	39	- 0,2	30	- 1,2	25
Bekleidungsindustrie	+ 4,0	4	- 0,3	26	+ 2,7	13	+ 92,2	5	+ 55,4	7	+ 32,3	5
Ledererzeugung	- 0,7	20	- 0,4	27	- 0,6	30	+ 1,9	35	- 4,0	37	- 3,5	32
Eisenschaffende Industrie	- 10,0	39	- 0,4	28	+ 7,6	7	+ 65,8	8	+ 61,9	6	- 3,1	31
Sonstiger Bergbau ²⁾	- 0,6	18	- 0,5	29	- 0,8	33	+ 1,8	36	- 6,9	39	- 3,0	30
Kali- und Steinsalzbergbau	- 1,3	24	- 1,0	30	- 0,7	31	+ 7,0	32	- 1,3	35	- 2,1	26
Erdölgewinnung	- 0,6	19	- 1,2	31	- 1,1	36	+ 3,0	34	- 0,9	33	- 2,8	28
Glasindustrie	- 1,4	25	- 1,2	32	- 0,5	28	+ 29,3	19	+ 15,1	16	- 1,1	24
Eisenerzbergbau	- 3,9	34	- 2,0	33	- 1,4	37	+ 3,0	33	- 1,3	34	- 10,5	38
Sägewerke u. Holzbearbeitung	- 3,7	31	- 2,1	34	- 2,1	38	- 0,4	41	- 6,8	38	- 3,6	33
Schuhindustrie	- 1,6	27	- 2,5	35	- 0,9	34	+ 19,3	26	+ 5,7	23	- 6,9	35
Holzverarbeitung	- 3,9	33	- 2,7	36	+ 1,5	18	+ 44,6	14	+ 7,9	21	- 7,7	37
Schiffbau	- 9,0	38	- 2,7	37	- 0,8	32	+ 47,9	12	+ 5,0	25	- 17,2	39
Papierherzeugung	- 1,0	23	- 2,8	38	- 1,1	35	+ 16,0	28	+ 6,6	22	- 2,9	29
Tabakverarbeitung	- 3,8	32	- 3,3	39	- 3,0	39	+ 1,6	37	- 16,8	41	- 17,3	40
Restl. Nahrungsmittelind. ³⁾	+ 5,5	3	- 5,1	40	- 5,9	40	+ 64,7	9	+ 50,6	8	+ 22,2	8
Kohlenbergbau	- 25,7	42	- 16,0	41	- 13,9	42	+ 46,9	13	- 72,9	42	- 101,3	42
Textilindustrie	- 16,9	41	- 16,9	42	- 13,1	41	+ 94,8	4	- 12,6	40	- 63,8	41
Brutto-Zugänge	+ 48,3		+ 98,6		+ 181,0		+ 1775,2		+ 1177,8		+ 484,7	
Brutto-Rückgänge	- 123,4		- 61,7		- 47,2		- 2,6		- 126,8		- 264,6	
Netto-Zugänge	- 75,1		+ 36,9		+ 133,8		+ 1772,6		+ 1051,0		+ 220,1	
Rückgänge in vH der Zugänge, brutto	255		63		26		0,15		11		55	

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Außer Kohlen-, Eisenerz-, Kali- und Erdölgewinnung. — ³⁾ Außer Mühlen-, Ölmühlen-, Margarine- und Zuckerindustrie, Brauereien und Tabakverarbeitung.

ist als allgemein angenommen wird, zeigt die jüngste Beschäftigungsentwicklung, die in der Gegenüberstellung zu den Jahresdurchschnittswerten besonders deutlich wird. Bei zunehmender konjunktureller Expansion sind im Durchschnitt der letzten drei Monate 1964, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahrszeitraum, in 25 Industriezweigen nicht weniger als 181 000 Arbeitsplätze neu besetzt worden. Von den 10 Branchen, die bereits im Jahresdurchschnitt an der Spitze der aufnehmenden Bereiche standen, haben in dieser Zeit acht ihren Beschäftigungsstand teilweise sprunghaft um fast 130 000 Personen erhöht, darunter allein vier der bedeutendsten Investitionsgüterbranchen — die Elektroindustrie, die ESBM-Industrie, der Fahrzeugbau

und die feinmechanisch-optische Industrie — um 93 900 Beschäftigte. Nimmt man die beträchtlichen Neueinstellungen des Maschinenbaus hinzu — er lag im Jahresdurchschnitt noch an 14. Stelle und gehörte 1963 zu den drei größten Arbeitskräfte einsparenden Branchen — sowie den Eisen- und Stahl- und den NE-Metallbereich, so haben in diesen Sektoren zusammen 131 900 zusätzliche Beschäftigte einen sprunghaft gestiegenen Arbeitskräftebedarf gedeckt, der sich fast ausschließlich aus der veränderten Investitionsgüterkonjunktur herleitet.

Andererseits ist in den Industriezweigen, die noch im Jahresdurchschnitt eine erhebliche Zahl von Arbeitskräften freigesetzt haben, die Bereitschaft zu weiterer Verminderung des Beschäftigungsstandes

im Verlauf des Jahres merklich geringer geworden. Von den 12 Branchen mit den größten Freisetzen an Arbeitskräften haben neun Zweige beim Vergleich des letzten Quartals 1964 mit der entsprechenden Vorjahrszeit um ein Viertel weniger Beschäftigte abgegeben als im Jahresdurchschnitt. In der Holzverarbeitung, der Bekleidungs- und der eisen-schaffenden Industrie sind anstatt der jahresdurchschnittlichen Freisetzen im 4. Quartal sogar erhebliche Neueinstellungen vorgenommen worden, so daß sich die industrie-interne Abgabe von Arbeitskräften in diesem Quartalsvergleich auf 47 200 Personen vermindert hat.

Die meisten der Industriezweige, die ihre Beschäftigten an andere Bereiche abgegeben haben, gehören — wie der längerfristige Vergleich zeigt — zumindest seit 1960 zu den Branchen, deren Beschäftigungsstand — zumeist strukturbedingt — schrumpft, wobei allerdings nicht unerhebliche Veränderungen der Rangziffernfolge zu beobachten sind. Lediglich im Bereich der Nahrungsmittelindustrien, die in der Vergangenheit ihre Beschäftigung von Jahr zu Jahr erweitert hatten, ist 1964 erstmals eine beträchtliche und in den letzten Monaten steigende Zahl von Arbeitskräften abgegeben worden.

Wenn trotz der insgesamt zum Jahresende verminderten industrie-internen Abgabe von Beschäftigten (der interindustrielle Freisetzenanteil betrug im Durchschnitt des letzten Quartals nur noch 26 vH) der konjunkturell rasch gestiegene Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie in einem derartigen Ausmaß befriedigt werden konnte, so ist dies in erster Linie auf den beständigen Zustrom von ausländischen Gastarbeitern zurückzuführen. Ende September 1964 waren nach Unterlagen der Arbeitsämter rd. 125 000 ausländische Arbeitnehmer in der westdeutschen Industrie (einschl. produzierendes Handwerk, ohne Bauindustrie) mehr beschäftigt als vor einem Jahr. Die Zahl der insgesamt in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer hat inzwischen die Millionengrenze überschritten.

Soll der Wachstumsspielraum der Industrie, der für das laufende Jahr — vom Anlagevermögen her gesehen — auf etwa 8 vH geschätzt werden kann, angesichts der allgemein guten Konjunkturlage und einer zu erwartenden beständigen Nachfrageexpansion voll ausgeschöpft werden, so wird die weitere Ausdehnung des Beschäftigungsstandes unumgänglich; die jüngsten Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität (je Beschäftigten) um 6 vH werden sich kaum mehr übertreffen lassen. Insofern erscheint eine verstärkte Anwerbung von Arbeits-

kräften aus dem Ausland in der Größenordnung von zusätzlich etwa 150 000 Personen für das laufende Jahr erforderlich. Die konjunkturelle Anpassungsfähigkeit des Beschäftigungsstandes in der Bundesrepublik ist immer mehr eine Frage der Erschließung des ausländischen Arbeitskräftereservoirs geworden. Auf diese Tatsache sollte sich die westdeutsche Wirtschaft ohne Ressentiment und Vorbehalte einstellen und sie im Hinblick auf die längerfristige Entwicklung auch organisatorisch nicht nur als ein Provisorium zu lösen suchen.

Bei einer sich hier und da abzeichnenden Ablehnung des anhaltenden Zustroms von Gastarbeitern muß man sich klar darüber sein, daß mit einem vom Ausland abgeschlossenen Arbeitsmarkt der Lohndruck in der Bundesrepublik infolge verstärkter Konkurrenz der Unternehmen um das einheimische Kräftepotential noch erheblich stärker werden würde. Dieser erhöhte Kostendruck könnte auf die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Unternehmen sowohl an den Auslandsmärkten wie im Inland kaum ohne Einfluß bleiben und würde auf die Dauer eine zunehmende Zahl von Grenzproduzenten zwingen, ihre Erzeugung einzustellen. Gleichgewichtstheoretisch wäre in einer expandierenden Wirtschaft mit geschlossenem Arbeitsmarkt die Lohnquote zu Lasten der Gewinnquote größer als bei offenem Arbeitsmarkt¹⁾. Es muß zweifelhaft erscheinen, ob die Unternehmer bei einer solchen Konstellation ihre Investitionsmittel voll für die Kapitalintensivierung des heimischen Produktionsprozesses einsetzen oder nicht vielmehr verstärkt dazu übergehen würden, Produktionsstätten im benachbarten und mit reichlicherem Arbeitspotential ausgestatteten Ausland aufzubauen. In solchem Falle müßte die heimische Investitionsquote und damit — bei gegebenem Kapitalkoeffizienten — die gleichgewichtige Wachstumsrate des westdeutschen Sozialprodukts erheblich fallen.

Die Bundesrepublik hat es über ein Jahrzehnt verstanden, Jahr für Jahr zwischen 150 000 und 300 000 Flüchtlinge und Vertriebene aus Mittel- und Ostdeutschland (davon mehr als die Hälfte Erwerbspersonen) in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern und hat so den Expansionsspielraum ihrer Wirtschaft ganz wesentlich erweitert. Es erschiene — jedenfalls ökonomisch — widersinnig, wenn sie sich in dem Moment, wo der Zustrom deutscher Landsleute gewaltsam beendet wurde, dagegen sträuben wollte, ihren Arbeitsmarkt für arbeitswillige Kräfte anderer Nationen offenzuhalten.

¹⁾ Vgl. dazu den Aufsatz von D. Hiß: Ausländische Arbeitskräfte — „Belastung“ oder Voraussetzung für das Gedeihen der deutschen Wirtschaft, in: Konjunkturpolitik, 11. Jahrg., Heft 1; Duncker & Humblot, Berlin 1965, S. 11 ff.

Die Entwicklung der mitteldeutschen Sozialeinkommen seit 1960

Die öffentlichen Einkommensübertragungen in Mitteldeutschland, deren Volumen seit 1960 nur wenig gestiegen war, sind Anfang 1964 infolge der Erhöhung der Renten kräftig angehoben worden. Während in den vorangegangenen Jahren der Zuwachs der Sozialeinkommen ständig hinter der Zunahme des Sozialprodukts zurückblieb, lag er 1964 mit fast 9 vH beim Doppelten der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsrate. Die öffentlichen Einkommensübertragungen erreichten damit 1964 wieder einen Anteil von 8,7 vH am Bruttosozialprodukt¹⁾ (1960: 8,8 vH).

In der Bundesrepublik war im gleichen Zeitraum ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs der Sozialeinkommen von 9 vH bei einem gleichbleibenden Anteil am Bruttosozialprodukt von rd. 12,5 vH zu verzeichnen.

Im Jahre 1964 war somit in beiden Teilen Deutschlands der Anteil der öffentlichen Einkommensübertragungen etwa ebenso groß wie schon 1960. Infolge des unterschiedlichen wirtschaftlichen Wachstums hat sich der Abstand aber weiter vergrößert: In Mitteldeutschland wuchsen seit 1960 die Sozialeinkommen um 13 vH (1,2 Mrd. MDN²⁾, in der Bundesrepublik dagegen um 41 vH (15 Mrd. DM).

Öffentliche Sozialeinkommen in Mitteldeutschland¹⁾
in Mill. MDN

	1955	1960	1961	1962	1963	1964
Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten						
Renten ²⁾	2 990	4 455	4 550	4 665	4 795	5 400
Sonstige Barleistungen ³⁾	880	1 125	1 135	1 185	1 080	1 100
Sozialversicherung bei d. Deutschen Versicherungs-Anstalt ⁴⁾						
Renten ⁵⁾	—	690	795	805	835	950
Sonstige Barleistungen ⁶⁾	—	95	110	110	100	110
Staatshaushalt						
Kriegsopferrenten usw. ⁶⁾	285	240	230	210	180	180
Altersversorg. d. Intelligenz	60	130	140	150	155	160
Sozialunterstützungen	155	160	145	130	120	110
Unterstütz. f. Mutter u. Kind	70	250	260	265	275	280
Kinder- u. Ehegattenzuschläge	—	990	990	1 000	1 010	1 020
Sonstige Übertragungen ⁷⁾	40	25	20	20	20	20
Insgesamt	4 480	8 160	8 375	8 540	8 570	9 330

¹⁾ Einschl. Berlin (Ost). — ²⁾ Alters-, Invaliden-, Invalidenalters-, Bergmanns-, Unfallrenten einschl. Renten an Witwen und Waisen sowie Renten der Altersversorgung von Reichsbahn und Post, Pflegegelder. — ³⁾ Kranken-, Haus- und Taschengeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Sterbegeld etc. — ⁴⁾ Einschl. Leistungen der Vereinigten Großerliner Versicherungsanstalt. — ⁵⁾ Alle Rentenarten der Sozialversicherung. — ⁶⁾ Einschl. VdN-Renten. — ⁷⁾ Arbeitslosenfürsorge, Tbc-Wirtschaftshilfe, Rückkehrerbeihilfen usw.
Quelle: Eigene Berechnung; z. T. geschätzt.

Wiederherstellung der früheren Ausgabenstruktur . . .

Durch die Anhebung der Renten ist auch die Grundstruktur der Sozialeinkommen, wie sie Mitte

¹⁾ Die übliche Bezugsgröße für derartige Berechnungen, das Nettosozialprodukt, ist wegen der noch immer bestehenden Unklarheiten über die Höhe der volkswirtschaftlichen Abschreibungen in Mitteldeutschland nur innerhalb größerer Fehlergrenzen zu bestimmen.

²⁾ Mit Wirkung vom 1. August 1964 wurde in Mitteldeutschland die Bezeichnung der Währung von „Deutsche Mark (DM)“ in „Mark der Deutschen Notenbank (MDN)“ geändert.

der fünfziger Jahre bestanden hatte, ungefähr wiederhergestellt worden. Der Anteil der Sozialversicherungsrenten an den gesamten Sozialeinkommen war Mitte 1958 durch die Einführung der „Ehegatten- und Kinderzuschläge“ im Zusammenhang mit der Aufhebung der Lebensmittelrationierung³⁾ erheblich vermindert worden. Von 67 vH im Jahre 1955 war er bis 1959 auf 63 vH zurückgegangen und seitdem nur langsam gestiegen; 1964 erreichte er wieder 68 vH. Neben der Rentenerhöhung vom 1. Januar 1964 hat dazu auch die von Jahr zu Jahr größer werdende Zahl der Rentenfälle der Sozialversicherung beigetragen.

Zahl der Fälle bei den wichtigsten Rentenarten¹⁾
in 1000

Rentenart	1955	1962	1963	1964
Altersrenten	1 602	1 992	2 038	2 100
Invalidentrenten	343	415	417	420
Witwenrenten	478	447	436	425
Waisenrenten	337	126	122	120
Halbrenten	297	513	535	560

¹⁾ Ohne Renten der zusätzlichen Altersversorgung (Intelligenz, Reichsbahn usw.).

Die erhebliche Zunahme der Zahl der Altersrenten weist auf die verschlechterte Altersstruktur der mitteldeutschen Bevölkerung hin. Dagegen spiegelt das starke Anwachsen der „Halbrenten“ — hauptsächlich Witwenrenten, die an Witwen mit eigenem Rentenanspruch nur zur Hälfte des Rentengrundbetrages ausgezahlt werden — die steigende Erwerbsquote der weiblichen Bevölkerung Mitteldeutschlands wider. Diese aus der Sozial- und Altersstruktur der Bevölkerung resultierenden Einflüsse werden auch in den kommenden Jahren die Zahl der Sozialversicherungsrenten weiter steigen lassen⁴⁾.

Die Entwicklung der sonstigen Barleistungen der Sozialversicherung war bis 1961/62 vorwiegend durch die steigenden Aufwendungen für Kranken-, Haus- und Taschengeld bestimmt worden. Seitdem haben sich diese Ausgaben sowohl wegen der stagnierenden Lohnentwicklung als auch wegen der Verminderung des Krankenstandes verringert. Dagegen sind die Leistungen der Schwangeren- und Wochenhilfe vor allem wegen mehrmaliger Verlängerung der Bezugsdauer für Schwangeren- und Wochengeld laufend gewachsen. Insgesamt jedoch ist der Anteil der sonstigen Barleistungen der Sozialversicherung an den Sozialeinkommen von 15 vH (1960) auf 13 vH (1964) gesunken.

Weiterhin geschrumpft sind die Übertragungen aus dem Staatshaushalt an Kriegsopfer und Fürsorgeempfänger, da der Empfängerkreis dieser

³⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 15/1962.

⁴⁾ Vgl. P. Mitzscherling: „Zur Entwicklung der sozialen Struktur der mitteldeutschen Bevölkerung“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1964, S. 281 ff.

Monatliche Durchschnittrenten der Sozialversicherung
in MDN bzw. DM

Rentenart	Mitteldeutschland ¹⁾					Bundesrepublik ²⁾				
	1960	1961	1962	1963	1964 ⁵⁾	1960	1961	1962	1963	1964
Altersrenten ³⁾	146	146	147	147	164	218	231	243	258	278
Invalidentätrenten ⁴⁾	142	142	143	144	160	165	174	181	191	205
Witwenrenten	120	120	121	122	131	138	146	155	166	180
Waisenrenten	56	58	59	60	66	60	63	66	71	76

¹⁾ Sozialversicherung unter Verwaltung des FDGB sowie Sozialversicherung bei der Deutschen Versicherungsanstalt bzw. Vereinigten Großerliner Versicherungsanstalt, einschl. Berlin (Ost); ohne Altersversorgung der Reichsbahn und andere Zusatzrenten; Stand jeweils im Dezember. — ²⁾ Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschafflichen Rentenversicherung; Stand im Januar des jeweils folgenden Jahres; einschl. Berlin (West) und Saarland. — ³⁾ Mitteldeutschland: Alters- und Invalidenaltersrenten; Bundesrepublik: Altersruhegelder und Knappschaftsruhegelder. — ⁴⁾ Mitteldeutschland: Invalidenrenten; Bundesrepublik: Erwerbsunfähigkeitsrenten. — ⁵⁾ Geschätzt.

Quellen: Mitteldeutschland: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1964, S. 486; Wochenbericht des DIW Nr. 35/1963.
Bundesrepublik: Sozialbericht der Bundesregierung 1964, BABI. Nr. 21/1964; Wochenbericht Nr. 35/1963; Informationen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger Nr. 61 und 62/1965.

Hilfen laufend kleiner wird; die Ausgaben der Arbeitslosenfürsorge sind völlig bedeutungslos geworden. Dagegen haben sich die Aufwendungen der zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige der „Intelligenz“ weiter erhöht. Auch die als „Staatliche Unterstützung für Mutter und Kind“ bezeichneten Geburtenbeihilfen sind gestiegen, während sich das Volumen der Kinder- und Ehegattenzuschläge kaum verändert hat.

... aber keine Annäherung an das westdeutsche Niveau

Trotz ähnlicher Struktur der öffentlichen Einkommensübertragungen weist das Leistungsniveau, vor allem in der Versorgung der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen und ihrer Hinterbliebenen sowie der Kriegsoffer, in beiden Teilen Deutschlands starke Unterschiede auf. Auch durch die Erhöhung der mitteldeutschen Renten am 1. Januar

1964 um durchschnittlich 10 vH — die Renten waren letztmalig 1959 um einen Zuschlag von 10 Mark erhöht worden — ist der Abstand zur Altersversorgung in der Bundesrepublik nicht verringert worden. Mit 164 MDN erhielt 1964 der mitteldeutsche Altersrentner eine um 12 vH höhere Altersrente als 1960, die damit 30 vH eines durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens erreichte (1958: 32 vH; 1962: 29 vH). In der Bundesrepublik erhöhten sich die durchschnittlichen Altersrenten der Sozialversicherung im gleichen Zeitraum um 27,5 vH. Mit 278 DM monatlich erhielt 1964 der westdeutsche Altersrentner knapp 40 vH des monatlichen Durchschnittseinkommens eines beschäftigten Arbeitnehmers.

Indessen gibt ein Vergleich der Sozialversicherungsrenten allein noch kein vollständiges Bild der Unterschiede, die im Niveau der Altersversorgung in beiden Teilen Deutschlands bestehen. In der Bundesrepublik müßten noch die Beamtenpensionen

Sozialeinkommen in Mittel- und Westdeutschland ¹⁾
Eigene Berechnung; in MDN bzw. DM

	in Mrd. MDN/DM					in MDN/DM je Kopf der Bevölkerung				
	1960	1961	1962	1963	1964	1960	1961	1962	1963	1964
Mitteldeutschland										
Alters-, Invaliden-, Unfall- u. Hinterbliebenenversorgung ²⁾	5,27	5,48	5,62	5,79	6,51	305	320	329	338	383
Barleistungen der Krankenversicherung ³⁾	1,22	1,25	1,29	1,18	1,21	71	73	75	69	71
Kriegsofferversorgung	0,24	0,23	0,21	0,18	0,18	14	13	12	10	10
Sonstige Übertragungen ⁴⁾	1,43	1,42	1,42	1,42	1,43	83	83	83	83	84
Öffentliche Sozialeinkommen, gesamt	8,16	8,38	8,54	8,57	9,83	473	489	499	500	548
Bundesrepublik										
Alters-, Invaliden-, Unfall- u. Hinterbliebenenversorgung ⁵⁾	24,62	27,11	29,50	32,15	35,44	444	483	518	558	608
Barleistungen der Krankenversicherung ³⁾	3,09	3,50	3,76	3,88	4,04	56	62	66	67	69
Kriegsofferversorgung	3,52	3,93	3,87	3,60	4,35	63	70	68	63	75
Sonstige Übertragungen ⁶⁾	5,49	5,68	6,82	7,33	7,86	99	101	120	127	135
Öffentliche Sozialeinkommen, gesamt	36,72	40,22	43,95	46,96	51,69	662	716	772	815	887

¹⁾ Mitteldeutschland einschl. Berlin (Ost); Bundesrepublik einschl. Berlin (West) und Saarland. — ²⁾ Einschl. „Altersversorgung der Intelligenz“. — ³⁾ Kranken-, Haus- und Taschengeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Sterbegeld usw. — ⁴⁾ Sozialfürsorge- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungen, staatliche Kinder- und Ehegattenzuschläge, Unterstützungen für Mutter und Kind etc. — ⁵⁾ Einschl. Beamtenpensionen und Pensionen nach Art. 131 GG, ohne LAG-Kriegsschadenrente und Wiedergutmachungsleistungen. — ⁶⁾ Sozialfürsorge- und Arbeitslosenunterstützungen, Kindergeld, Lastenausgleichszahlungen u. a.

und in Mitteldeutschland die Renten der zusätzlichen Altersversorgung für bestimmte privilegierte Gruppen berücksichtigt werden, die 60 bis 80 vH des letzten Arbeitseinkommens erreichen können

Eine bessere Information gibt deshalb ein Vergleich aller Aufwendungen für die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung. Je Person im Rentenalter wurden hierfür 1964 in Mitteldeutschland 2079 MDN (1963: 1856 DMO) ausgegeben, in der Bundesrepublik dagegen (einschl. der Leistungen nach Art. 131 GG, aber ohne freiwillige betriebliche Leistungen) 5235 DM (1963: 4874 DM). Bei einem Vergleich der Aufwendungen je Kopf der Bevölkerung ist dieser Unterschied nicht so ausgeprägt, weil 1964 zwar fast jeder fünfte Bewohner Mitteldeutschlands im Rentenalter stand, in der Bundesrepublik gehörte aber nur etwa jeder siebente der gleichen Altersklasse an.

Bei den Barleistungen der Krankenversicherung errechnen sich gleich hohe Beträge je Einwohner. In Mitteldeutschland erhalten jedoch im Krankheitsfalle sowohl Arbeiter als auch Angestellte ein Krankengeld in Höhe von 50 vH des beitragspflichtigen Durchschnittsverdienstes, während in Westdeutschland die gesetzliche Krankenversicherung von Krankengeldzahlungen an Angestellte weitgehend befreit ist. Dagegen bekommen Arbeiter für die ersten sechs Wochen der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld in einer Höhe zwischen 65 und 75 vH des Grundlohns. Bei Berücksichtigung dieser Besonderheiten im Leistungsrecht, des geringeren Umfanges der Versicherungspflicht in der Bundesrepublik und der unterschiedlichen Erwerbsquote der Bevölkerung würden auch hier nicht unerhebliche Differenzen zu erkennen sein.

Ganz beträchtliche Unterschiede zeigen sich aber in der Versorgung der Kriegsveteranen, da in Mitteldeutschland Leistungen nur bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel gewährt werden.

Für die sonstigen Kriegsgeschädigten und die Heimatvertriebenen sind in Mitteldeutschland keinerlei Leistungen vorgesehen; in der Bundesrepublik haben dagegen allein die konsumtiven Leistungen des Lastenausgleichs einen Umfang von jährlich fast 2 Milliarden DM.

Insgesamt hat sich der Abstand der öffentlichen Einkommensübertragungen je Einwohner zwischen beiden Teilen Deutschlands weiter vergrößert. Von 28,5 vH im Jahre 1960 stieg er bis 1964 auf 38 vH. Allerdings ist zu beachten, daß vom Zuwachs der Sozialeinkommen je Einwohner in der Bundesrepublik ein beträchtlicher Teil durch Preissteigerungen aufgezehrt wurde; der offizielle Lebenshaltungskostenindex für Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern erhöhte sich hier von 1960 bis 1964 um 13,5 vH, während er in Mitteldeutschland nahezu unverändert blieb. Wird der

Betrag der 1964 in der Bundesrepublik je Einwohner gezahlten Sozialeinkommen mit diesem Preisindex deflationiert, so ergibt sich dennoch eine Vergrößerung des relativen Rückstandes der mitteldeutschen Leistungen auf 30 vH.

Die Altersgliederung der deutschen Bevölkerung

Jahr	Bevölkerung (in Mill.)				Bevölkerung im Rentenalter		
	im Kindesalter ¹⁾	im Erwerbsalter ²⁾	im Rentenalter ³⁾	Gesamt	in vH der Gesamtbevölkerung	in vH der Bevölkerung im Erwerbsalter	1950 = 100
Mitteldeutschland							
1950	4,20	11,65	2,54	18,39	13,8	21,8	100
1960	3,68	10,48	3,03	17,19	17,6	28,9	119
1964	4,04	9,84	3,13	17,01	18,4	31,8	123
1970	4,01	9,79	3,40	17,20	19,8	34,7	134
1975	4,00	9,90	3,40	17,30	19,7	34,3	134
1980	4,00	10,35	3,10	17,45	17,8	30,0	122
Bundesrepublik							
1950	11,78	32,32	5,90	50,00	11,8	18,3	100
1960	11,82	35,85	7,76	55,43	14,0	21,6	132
1964	12,96	36,70	8,64	58,30	14,8	23,5	146
1970	13,90	36,80	9,70	60,40	16,1	26,4	164
1975	14,10	37,10	10,50	61,70	17,0	28,3	178
1980	13,70	38,00	11,00	62,70	17,5	28,9	186

¹⁾ Kinder unter 15 Jahre. — ²⁾ Männer 15 bis unter 65 Jahre; Frauen 15 bis unter 60 Jahre. — ³⁾ Männer über 65 Jahre; Frauen über 60 Jahre. Zum Zwecke besseren Vergleichs ist die in Mitteldeutschland gesetzliche Abgrenzung zwischen Erwerbsalter und Rentenalter der Frauen auch auf die Daten der Bundesrepublik angewandt worden.

Stand: Mitteldeutschland: 1950 und 1964 Stichtag der Volkszählung. 1960 Jahresende, sonst Jahresdurchschnitte; einschl. Berlin (Ost).
Bundesrepublik: 1950 Stichtag der Volkszählung, sonst Jahresdurchschnitte; einschl. Saarland und Berlin (West).

Quellen: Mitteldeutschland: „Statistisches Jahrbuch der DDR 1964“; „Statistische Praxis“ Nr. 9 / 1962 (Beilage); „Neues Deutschland“ Nr. 73 vom 14. 3. 65 sowie eigene Berechnung.
Bundesrepublik: „Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1964 bis 2000“, Statistisches Bundesamt, Dez. 1963 sowie eigene Berechnung.

Die Empfänger von Sozialeinkommen in Mitteldeutschland dürfen kaum Hoffnung haben, daß die im Vergleich zur Bundesrepublik niedrigen Leistungen in den nächsten Jahren etwa an das westdeutsche Niveau angenähert werden könnten. Selbst wenn der Spielraum für Rentenerhöhungen durch kräftiges Wachstum der Arbeitsproduktivität erweitert würde, stehen dem auf der anderen Seite die weiter fallende Erwerbsquote der Bevölkerung sowie die wachsende Zahl der Menschen im Rentenalter gegenüber. Schon zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rentenniveaus sind erhebliche Produktions- und Produktivitätsfortschritte der Erwerbstätigen erforderlich, wenn sich die relative Belastung ihrer Einkommen nicht erhöhen soll.

Im Lebensstandard des in das Rentenalter Eintretenden wird es somit auch künftig, falls er nicht zur Weiterarbeit fähig und bereit ist, einen sehr spürbaren Einschnitt geben. In der Erkenntnis dieser Situation wird neuerdings wieder nachdrücklich empfohlen⁵⁾, sich noch als Erwerbstätiger durch Sparen oder Abschluß einer freiwilligen Versicherung eine zusätzliche Altersversorgung zu schaffen.

⁵⁾ „Deutsche Finanzwirtschaft“, Heft 22/1963, S. G 18.

